



Konsolidierung des europäischen Bankensektors muss zügig weiter vorangetrieben werden

Konsolidierung des europäischen Bankensektors muss zügig weiter vorangetrieben werden

DIW Berlin zieht Zwischenbilanz: Wie hat sich der Bankensektor im Euroraum seit der Krise entwickelt, was sind seine Schwachstellen, und wie steht er im Vergleich zum US-Bankensektor da?
Die Konsolidierung des europäischen Bankensektors ist noch nicht abgeschlossen und muss zügig weiter vorangetrieben werden. "Der Bankensektor im Euroraum hat sich seit der Krise zwar stabilisiert, er bleibt aber sehr groß und verhältnismäßig schwach kapitalisiert", fassen die Bankenexpertinnen Franziska Bremus und Claudia Lambert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) die Ergebnisse einer aktuellen Studie zusammen. Als Schwachstellen werden insbesondere die enge Verflechtung von Staats- und Bankenrisiken, Überkapazitäten und eine zu geringe Transparenz genannt. Auch gelte es, Anreizwirkungen zu überdenken. Die Autorinnen weisen darauf hin, dass ihr Befund nicht nur für die Banken der Krisenstaaten Geltung habe, sondern auch für den deutschen Bankensektor, der noch nicht nachhaltig genug aufgestellt sei.
Der Bankensektor im Euroraum ist immer noch sehr groß. So betragen die Gesamtaktiva der Banken im Euroraum Ende 2012 knapp das Dreifache des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Währungsunion. Die Profitabilität des Bankensektors im Euroraum ist indes vergleichsweise gering. Beispielsweise sind die Zinsmargen in vielen Bankensektoren der Währungsunion im Vergleich zu den USA deutlich niedriger. Dies deutet auf Überkapazitäten im europäischen Bankensektor hin und zeigt, dass die zur Überwindung der Krise notwendige Marktberichtigung im Euroraum teilweise noch aussteht. Seit der Krise wurden hier im Vergleich zu den USA nur wenige Banken geschlossen. Ob der im Rahmen der Bankenunion beschlossene Abwicklungsmechanismus ein geeignetes Instrument ist, um Banken im Euroraum zukünftig zügig zu sanieren oder abzuwickeln, wird erst der Praxistest zeigen.
Das Verhältnis von Eigenkapital zur (ungewichteten) Bilanzsumme der Banken, die sogenannte Leverage Ratio, ist in vielen Ländern des Euroraums nach wie vor vergleichsweise schwach: Der US-Bankensektor steht mit einer Leverage Ratio von rund zwölf Prozent wesentlich besser da als zum Beispiel der Deutsche mit rund fünf Prozent. Problematisch ist nach Ansicht der DIW-Expertinnen auch die enge Verbindung zwischen Staats- und Bankrisiken, die sich unter anderem in einem hohen Anteil heimischer Staatsanleihen in den Portfolios europäischer Banken zeigt. Um die Verbindung zwischen Staaten und Banken zu lockern, sollten beispielsweise Staatsanleihen im Kontext der Regulierung weniger privilegiert behandelt werden. Im Rahmen der Basel III Regulierung sollten Staatsanleihen wie andere Anlagen risikogewichtet werden.
Darüber hinaus ist eine höhere Transparenz für die Finanzmarktarchitektur erforderlich: Die Vielzahl neuer Institutionen und Regelungen ist unübersichtlich und kompliziert, Kompetenzen sind nicht immer klar abgegrenzt. Hinsichtlich der Verfügbarkeit öffentlicher Daten wurden zwar Fortschritte erzielt, dennoch sind die zugänglichen Informationen oftmals noch nicht ausreichend, um die Entwicklung der Finanzmarktstabilität genau zu beobachten. Die DIW-Expertinnen weisen abschließend darauf hin, dass der Bankensektor in Europa im Vergleich zu den USA eine hohe Bedeutung für die Finanzierung von Unternehmen habe. Der Kapitalmarkt als alternative Quelle der Unternehmensfinanzierung könnte in Europa weiter erschlossen werden - dies dürfte die realwirtschaftliche Entwicklung unabhängiger vom Bankensektor machen. Außerdem würden Risiken über einen breiteren Kreis an Gläubigern gestreut.
Bankenunion und Bankenregulierung: Stabilität des Bankensektors in Europa. Franziska Bremus und Claudia Lambert. In: DIW Wochenbericht 26/2014
Die Weiterverwertung des oben angezeigten Bildmaterials durch Redaktionen und Medien ist nicht gestattet.

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Sabine Fiedler
Sebastian Kollmann
presse@diw.de
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Telefon: +49-30-897 89-249, -252 oder -250
Telefax: +49-30-897 89-200
Mobil +49-174-319-3131
Mobil +49-174-183-5713
 www.diw.de
facebook.com/diw.de
twitter.com/DIW_Berlin

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.